PB.L-01-695

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
Beschlussdatum: 21.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 695 bis 705:
Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe des Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen. Wir wollen Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen.

~~Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe des Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen. Wir wollen Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass wir die Flächen der bundeseigenen BVVG in eine Bundesstiftung überführen, die die Flächen vorzugsweise an kleinere Betriebe statt an große Investoren verpachtet. Auch in der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften sind notwendig.~~

Dazu gehört, dass die land- und forstwirtschaftlichen Flächen nicht länger durch die bundeseigene BVVG veräußert werden. Wir wollen diese Flächen für die Erreichung agrarstruktureller-, Umwelt- und Artenschutz- Zielekostenfrei an die Länder oder an öffentliche Stiftungen überführenund vorzugsweise an ortsansässige bäuerliche Betriebe und Existenzgründer*innen verpachten. Bei Share Deals an landwirtschaftlichen Betrieben werden wir mehr Transparenz und stärkere Regulierungen schaffen,um den Ausverkauf von Boden an außerlandwirtschaftliche Investoren zu unterbinden.Auch in der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne, starke Gewerkschaftenund menschenwürdige Unterkünftesind notwendig.